

einer vom Richter nur mündlich erhaltenen Erlaubniß vornehmen. Der schriftliche, mit Gründen versehene richterliche Befehl, muß dem Betheiligten selbst dann, wenn der Richter die Hausdurchsuchung persönlich vornimmt, binnen 24 Stunden zugestellt werden, damit er bei dem Ober-richter Beschwerde führen kann, wenn er glaubt, daß die Hausdurchsuchung ohne ausreichenden gesetzlichen Grund angeordnet sei. — Unter Nr. 3 des §. 10 sind die Fälle gemeint, in welchen besondere Gesetze z. B. Steuer- und Forstgesetze den Steuerbeamten und Förstern Hausdurchsuchungen ausnahmsweise gestatten. — Daß bei allen Hausdurchsuchungen gebührend verfahren werden muß, versteht sich von selbst. Insbesondere darf dieselbe nicht weiter ausgedehnt werden, als der Zweck es erfordert. Wird z. B. ein Pferd gesucht, so dürfen Kisten und Schränke nicht geöffnet werden. Richter und Polizeibeamte, welche widerrechtlich oder auf ungebührliche Art eine Hausdurchsuchung vornehmen, werden zur Verantwortung und Bestrafung gezogen. — Briefe und andere Papiere können außer dem Falle einer Hausdurchsuchung oder Verhaftung ebenfalls nur auf richterlichen Befehl in Beschlag genommen werden. Der Richter kann die Beschlagnahme nur dann anordnen und rechtfertigen, wenn mit Grunde anzunehmen ist, daß der Inhalt der Schriften zur Entdeckung eines Verbrechens oder des Thäters oder zu dessen Ueberführung dienlich sein kann.

Der Paragraph 12 betrifft den Fall, wenn Regierungen Briefe, welche der Post anvertraut sind, eröffnen lassen und leidet keine Anwendung auf den Fall, wenn ein Postbeamter mit Verletzung seiner Dienstpflichten einen Brief unterschlägt oder eröffnet. Für letzteren Fall gelten die befürchteten Gesetze der einzelnen deutschen Staaten. Die Post ist in dem Staate vorbehaltenes Gewerbe, welches durch die Postbehörden ausgeübt wird. Wird diesen ein Brief anvertraut, so steht der Regierung das Recht nicht zu, denselben eröffnen zu lassen, und das Vertrauen zu brechen, möge es auch im Interesse von Polizei- oder Finanzspeculationen oder aus andern Gründen dem Staate von Nutzen sein. Damit dergleichen Uebergriiffe in den einzelnen Staaten in Zukunft nicht mehr vorkommen, hat der Reichstag das Briefgeheimniß gewährleistet. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sind Ausnahmen zugelassen. Die eine Ausnahme ist im Interesse der Strafrechtspflege für nöthig befunden. Unter besonderen Bedingungen und Umständen, die durch ein specielles Gesetz näher bestimmt werden sollen, wird es den Gerichten gestattet, Briefe welche auf die Post gegeben sind, anzuhalten und zu öffnen. Die 2. Beschränkung des Briefgeheimnisses soll gestattet sein im Kriegsfalle, wo der Staat selbst in Gefahr ist und der Satz gilt, Noth kennt kein Gebot. Fortsetzung folgt.

## Deutschland.

**C Berlin, 10. März.** (Kammer-Verhandlungen.) Gestern hielten beide Kammern keine Sitzung. In ihrer vorgestrigen Sitzung nahm die erste Kammer den von den Abgeordneten Leue und Wilde eingebrachten Antrag an: über ein Gesuch zu berathen, daß die Verordnungen wegen Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und wegen Einführung der Geschworenengerichte vor ihrer praktischen Durchführung noch den Kammern zur Berathung vorgelegt würden.

In der zweiten Kammer legte in der vorgestrigen Sitzung zunächst der Minister des Innern drei Gesetzentwürfe vor: 1, über das Versammlungsrecht, 2, über die Plakate und Flugblätter, 3, über die Redefreiheit und Pressfreiheit. Derselbe reichte zugleich eine Denkschrift des Staatsministeriums ein über die Gründe der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und über die Gründe wegen vorläufiger Fortdauer dieses Ausnahmezustandes. An der Tagesordnung war der Antrag des Abgeordneten von Vincke wegen der Wahl eines Ausschusses zur Entwerfung der Adresse. Die Linke und in deren Namen besonders der Abgeordnete v. Kirchmann sprach sich gegen jede Adresse aus. Der Redner bestritt die Rechtsgültigkeit der Verfassung und will keine Adresse, weil sie gefährlich sei und im Voraus die Meinungen binde. Gegen sie spricht der Abgeordnete Ulrichs aus Greifswald: das Land erwarte eine baldige Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Verfassung und diese werde am kürzesten durch die Adressdebatte herbeigeführt. Der Abgeordnete Rinkel tritt gegen die Adresse auf und nennt die Thronrede einen blauen Dunst, der die Gegenstände annebele. Ihm entgegen die Abgeordneten Heiland und v. Vincke, daß die Thronrede sehr klar spreche und sehr deutliche Fragen anregt, auf welche die Vertreter deutliche Antwort geben müßten. Die deutsche Frage, der Krieg mit Dänemark erheischte es namentlich, daß die Kammer vor dem König und dem Lande ihre Meinung offen darlegte. Schließlich wird der Antrag des Abgeordneten v. Vincke mit 172 gegen 159 Stimmen angenommen. Der Handelsminister legt das Gewerbegesetz und das Gesetz über die Gewerbegerichte vor. Der Abg. Behnisch stellt den Antrag, die Kammer wolle beschließen, daß durch die Wahl der Abtheilungen ein Ausschuß von 21 Mitgliedern gebildet werde, welchem die am 5. Dezember oktroyirte Verfassung als Grundlage der Vorberathung für das Plenum überwiesen werde. In dem Antrage liegt, daß die Verfassung nur als Vorlage, nicht als Staatsgrundgesetz anzusehen sei; der Redner verwahrt sich aber dagegen, daß er die Prinzipienfrage über die Rechtsgültigkeit der Verfassung habe anregen wollen. Diese Verwahrung wird von der Rech-

ten nicht anerkannt und die Abgeordneten Stiehl, v. Vincke, Graf Schwerin und v. Seckendorff decken das Gefährliche des Antrages auf, während die Abgeordneten Wollheim und d'Estér denselben vertheidigen. Bei der Abstimmung wird der Antrag verworfen. Auch unsere Mitglieder der Linken stimmen gegen denselben. — Der Abgeordnete Großjohann stellt den Antrag, die Kammer wolle Postfreiheit für alle Postsendungen der Abgeordneten beschließen. Der Handelsminister tritt dem Antrag entgegen, indem er bemerkt, daß in den großen constitutionellen Staaten gar keine Postfreiheit für die Abgeordneten bestehe. Die Postfreiheit sei von der Nationalversammlung gemißbraucht worden, und überdies sei dieselbe ein Privilegium, was doch diejenigen am wenigsten verlangen sollten, die sonst gegen alle Privilegien sprächen. Mehrere Redner von beiden Seiten betheiligen sich an dieser sehr lebhaften Debatte, welche damit schließt, daß der Antrag in weitere Erwägung gezogen werden soll. Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

**PC Berlin, 10. März.** Auf dem Plage vor der Ulanenkaserne bei Moabit hielt Se. Majestät der König vorgestern eine Parade über die gesammte hiesige Garnison ab. Es waren mehr als 20,000 Mann versammelt. Der König wurde von den Truppen und von dem sehr zahlreich anwesenden Publikum mit wiederholtem lauten Jubel begrüßt. Alle Truppen waren in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Nach der Parade gab Se. Majestät in der Lustschloß-BelleVue eine große militärische Tafel.

In Folge der Kündigung des dänischen Waffenstillstandes hat die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem preussischen Cabinet angeordnet, daß 20,000 Mann deutscher Truppen zur Grenze vorzurücken sollen. Preußen stellt zu diesem Contingent 10,000 Mann, welche vorläufig ein Reservekorps bilden sollen.

— Dem Vernehmen nach hat der General v. Wrangel für den 18. und 19. März alle öffentlichen Demonstrationen, namentlich große Aufzüge unterjagt.

— Die Fremdenpolizei wird hier neuerdings sehr streng gehandhabt. Nicht bloß auf den Eisenbahnhöfen sondern auch an den Thoren findet eine Controle der Einpassirenden Statt. Letztere Maasregel ist dadurch hervorgerufen, daß verdächtige Fremde eine Station vor der Stadt die Eisenbahn verlassen und dann zu Fuß oder zu Wagen in die Stadt einpassiren.

Vor einigen Tagen hat der Minister v. Manteuffel sämmtliche Abgeordnete zu einem Feste eingeladen. In den Salons des Ministers waren gegen 600 Personen versammelt, unter ihnen die Mitglieder des diplomatischen Corps.

— Der demokratische Central-Ausschuß hat an die Lokalcomitees die Aufforderung ergehen lassen, die Arbeiter vor Spionen zu warnen, die sich unter ihnen befänden.

Die hiesigen Demokraten lassen es sich neuerdings wieder sehr angelegen sein, die Arbeiter aufzuregen. Die Arbeitseinstellungen der Maurer hängen mit solchen Aufreizungen zusammen.

**\* Frankfurt, 9. März.** In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurden die rückständigen Paragraphen der Grundrechte 44 bis 48 in nachstehender Fassung angenommen: §. 44. Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten. — §. 45. Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben. — §. 46. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat, wo zwei Kammern vorhanden sind, jede für sich das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde, der Adresse, so wie der Anklage der Minister. Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich. Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich. — §. 47. Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Verwaltung und der Rechtspflege. — §. 48. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reiches.

Hierauf entspinnt sich eine lebhafte Debatte über den von Eisenstuck gestellten Antrag: daß der Verfassungsausschuß oder in dessen Verhinderung das Bureau beauftragt werde, die Beschlüsse über das Wahlgesetz ungefäumt zusammenzustellen, so daß die zweite Berathung zu Anfang nächster Woche beginnen könne. — Nach vielem Hin- und Herreden wird derselbe bei namentlicher Abstimmung mit 260 Stimmen gegen 182 verworfen. Die Versammlung trennt sich um 2 Uhr in großer Aufregung. —

**Φ Frankfurt, 12. März.** Große Aufregung verursacht die gestern hier bekannt gewordene oktroyirte Verfassung der österreichischen Gesamtmonarchie, weil von vielen Seiten darin ein völliges Hinderniß des Eintrittes der deutsch-österreichischen Länder in den deutschen Bundesstaat erkannt wird, für welchen besonders auch der Klub im Pariser Hofe zu wirken gesucht hatte. Diese Aufregung wuchs durch den nachstehenden Antrag Welcker's in der heutigen Sitzung der National-Versammlung so sehr, daß es sich bald nöthig zeigte, die begonnenen Verhandlungen wegen zweiter Lesung der Verfassungs-Bestimmungen über das Reichsgericht abzubrechen und bis auf morgen